



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH UND SPANISCH.

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 22
10. Jahrgang

4. November 1942

SO treibt man in
Deutschland an

(ITF) "Ich bin, kraft meiner Verantwortung und meines Auftrags vom Führer (Hitler) bereit, auch die härtesten Anforderungen an die deutschen und die fremden Arbeiter zu stellen", hat Nazi-Gauleiter Sauckel, Hitlers "Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz", am 10. September auf der Tagung der ihm unterstellten Arbeitsämter in Weimar erklärt.

Und das sind die Folgen, nach einer Schilderung der "Kölnischen Zeitung" (vom 23.IX.42.): "Da ist in einem grossen rheinischen Werk beobachtet worden, wie die Leistungen einzelner Gefolgschaftsmitglieder plötzlich absanken. Man schickte sie zum Vertrauensarzt. Der verschrieb mehrwöchigen Aufenthalt in einem der Erholungsheime des Betriebes. Die Männer kamen frisch und gestärkt zurück, wurden an derselben Stelle wieder in die Arbeit eingespannt und versagten trotz allem nach einiger Zeit. Die Beanspruchung war zu stark gewesen".

Aufruf an die Deportierten
Ein illegales Flugblatt

(ITF) An dem Tage, an dem im Frühling 1942 der erste Zwangsarbeitertransport aus Wilna nach Deutschland abging, wurde in Wilna ein Flugblatt verbreitet, das jetzt, nach langen Monaten, polnische Gewerkschafter erreichte. Es heisst in diesem Aufruf:

"Ihr reist zu dieser schmachvollen Arbeit nicht als freie Menschen, die im fremden Lande ihr Brot suchen, sondern als Sklaven. Ihr wurdet mit Lüge und Terror angeworben, mit Gewalt den Familien entrissen, denen Ihr nicht zu helfen imstande sein werdet. Kein echter Pole wird freiwillig zur Arbeit nach Deutschland fahren, denn er weiss, dass dort alle Gruben und Fabriken für eine Armee arbeiten, die der gesamten Welt Knechtschaft bringen... Polnischer Arbeiter, versuche in Deutschland zu zersetzen und zu desorganisieren! Halte fest an dem Grundsatz: je schlimmer für die Feinde, desto besser für uns. Arbeite so langsam und so schlecht wie möglich. Versäume keine Gelegenheit, Arbeitswerkzeuge und Arbeitswerkstätten zu beschädigen oder zu vernichten. Auf Dein Langsamarbeiten sollst Du stolz sein. Zu Kameraden anderer unterdrückter Nationen, insbesondere aber zu unseren Brüdern, den Tschechen, verhalte Dich loyal und würdig, zu den Polen freundschaftlich und brüderlich. Solidarität wird Deine Waffe. Feindpropaganda, die Dich vergiften will, weise mit Verachtung ab."

Das Flugblatt schliesst mit den Worten:

"Wir werden siegen! Es lebe Polen! Es lebe ein Freies Europa!"

Die Deportationen aus Polen

gehen immer noch weiter. Die "Deutsche Wirtschaftszeitung" berichtet (Anfang Oktober), dass in den ersten drei Jahren deutscher Herrschaft allein aus dem "Generalgouvernement" fast 800.000 Männer und Frauen zur Arbeit nach Deutschland geschickt wurden; zu dieser Zahl kommen noch die Kriegsgefangenen und die aus den Deutschland verwaltungsmässig eingegliederten polnischen Provinzen Deportierten. Trotz dieser Massendepotatation aber seien im "Generalgouvernement" noch ausreichend Arbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft mobilisiert worden; die Zahl der im "Generalgouvernement" versicherungspflichtig Beschäftigten habe mit 1.050.000 den Vorkriegsstand von 1.090.000 nahezu wiedererreicht. (ITF)

Das Verbrechen von Lublin

(ITF) Ein Vertreter der "Neuen Zürcher Zeitung" hat mit Erlaubnis der deutschen Besatzungsbehörden das von diesen eingerichtete Ghetto in der polnischen Stadt Lublin besucht. Er berichtet: "Wir sind weit in der Welt herumgekommen und kennen die Elendsquartiere von London, die Slums, wie die übelsten Gassen fernöstlicher Millionenstädte. Aber solches Elend, solcher Schmutz wie in Lublin schien uns bis heute einfach undenkbar. Bei einem Gang durch diese Strassen haben wir nichts als tiefes Mitleid empfunden über das unbeschreibliche Elend, das hier auf einem so kleinen Fleck Erde beisammen ist. Dicht gedrängt hausen hier 50.000 Menschen, wo nach gesunden Lebensregeln höchstens 10.000 wohnen sollten. Durch die in Deutschland organisierte 'Umsiedlung' werden es bald 60.000 und vielleicht noch mehr sein. Die Häuser sind schmalbrüstig und teilweise in baufälligem Zustande, die Bretterbuden verlottern. An einigen Häusern hat die Verwaltung Tafeln anbringen lassen, die in deutscher Sprache vor dem Betreten des Hauses warnen, da es seuchenverdächtig sei und unter Kontrolle stehe. Eine Wasserleitung gibt es hier nirgends; man ist schon froh, elektrisches Licht und Gas zu haben..

Wie die Häuser, so sind hier auch die Menschen: armselig, schmalbrüstig, und baufällig. Als wir einmal auf der Strasse standen und dem Verkehr zusahen, hörten wir von irgendwoher Rufe, die uns zu golten schienen. Wir dröhten uns um und entdeckten zu unseren Füßen ein schmales, niedriges Kellerfenster, aus dem uns eine unsichtbare Stimme bat, wir möchten doch 'aus dem Lichte gehen'. Darauf gingen wir in das Haus hinein. Im Keller wohnte eine vielköpfige Familie; ein Tisch, ein paar Stühle, eine Bretterbank, ein baufälliger Schrank, ein Gestell mit Küchengeschirr und in einer Ecke ein paar Matratzen mit Decken. Doch diese dumpfe und feuchtkalte Wohnhöhle war noch Luxus gegen das, was wir eine Etage tiefer entdeckten, wohlgermerkt: noch eine Etage tiefer in den Boden hinein! Juden selber erzählten uns von Häusern, die sogar zwei Stock unter dem Erdboden 'Wohnungen' haben. Im Lubliner Judenviertel gibt es also Menschen, die in regelrechten Höhlen wohnen, in Katakomben, in luftloser feuchter Finsternis. Es ist darum auch nicht verwunderlich, dass in dieser Gegend, wie übrigens in allen Ghettos des Landes, die Schwindsucht grassiert".

(Für die Red.: "Neue Zürcher Zeitung", 5.IX.42.)

Hungerpeitsche gegen russische Arbeiter und Bauern

(ITF) Aufgabe der "Wirtschaftskommandos" der deutschen Besatzungsarmeen ist, neben gründlicher Inventarisierung alles zum Rauben Geeigneten, Zwangsarbeiter für

deutsche Fabriken zu pressen und die an Ort und Stelle tätigen Arbeiter anzutreiben. Im besetzten russischen Gebiet arbeiten sie dabei mit der Hungerpeitsche. Sie sind auf dieses System so stolz, dass sie sich in der deutschen Presse mit ihrer Methode brüsten. Stolz schreibt z.B. einer von ihnen in der "Deutschen Allgemeinen Zeitung": "Die Verteilung der Lebensmittel (im besetzten russischen Gebiet) erfolgt durch die (deutschen) Ernährungsämter nach den festgelegten Sätzen und auf Grund von Listen. Zum Bezug von Lebensmitteln berechtigt waren die für die Wehrmacht beschäftigten Personen, die Bargarbeiter und alle, die im Dienste des (deutschen) Wiederaufbaus sowie die Angehörigen der im Reich weilenden Arbeiter". Wer nicht für Hitler arbeiten will, soll hungern.

Um die in ihrer Heimat bleibenden Arbeiter anzutreiben, wurden "Prämienläden" eingerichtet, in denen Arbeiter "bei besonderen Leistungen gegen Prämien Scheine Gebrauchsartikel erhalten, und besondere Geschäfte für deutsche Käufer".

(Für die Red.: "Deutsche Allgemeine Zeitung", 28.X.42; über Wirtschaftskommandos siehe "Faschismus", 30.XI.40 und 28.IV.41.)

Hungerpeitsche gegen deutsche Arbeiter

(ITF) Der Kölner "Treuhand der Arbeit" hat (am 2.III.42.) den Unternehmern im Rheinland das Recht gegeben, Arbeitern auch in den Fällen Geldstrafen vom Lohn abzuziehen, in denen bisher weder ein Gesetz noch Bestimmungen der Betriebsordnung oder des Arbeitsvertrages dazu ein Recht geben. Die Unternehmer haben sich jetzt anscheinend darüber beklagt, dass sie von dieser Ermächtigung nicht ausreichend Gebrauch machen können, da sehr viele Arbeiter so wenig verdienen, dass ihr Lohn unter der Pfändungsgrenze liegt. Das Büro des Treuhänders teilte den Unternehmern jetzt mit, dass sie nicht mehr an diese Grenze gebunden sind. Die höchste arbeitsrechtliche Instanz Deutschlands, das Reichsarbeitsgericht, habe entschieden, dass Geldbussen auch vom nichtpfändbaren Betrag einbehalten werden können. Denn "jede andere Auffassung, dass nämlich der Betriebsführer beim Abzug von Lohn vor dem nicht pfändungsfreien Betrag halt machen muss, würde zum Ergebnis führen, dass in sehr vielen Fällen

der ein Gesetz noch Bestimmungen der Betriebsordnung oder des Arbeitsvertrages dazu ein Recht geben. Die Unternehmer haben sich jetzt anscheinend darüber beklagt, dass sie von dieser Ermächtigung nicht ausreichend Gebrauch machen können, da sehr viele Arbeiter so wenig verdienen, dass ihr Lohn unter der Pfändungsgrenze liegt. Das Büro des Treuhänders teilte den Unternehmern jetzt mit, dass sie nicht mehr an diese Grenze gebunden sind. Die höchste arbeitsrechtliche Instanz Deutschlands, das Reichsarbeitsgericht, habe entschieden, dass Geldbussen auch vom nichtpfändbaren Betrag einbehalten werden können. Denn "jede andere Auffassung, dass nämlich der Betriebsführer beim Abzug von Lohn vor dem nicht pfändungsfreien Betrag halt machen muss, würde zum Ergebnis führen, dass in sehr vielen Fällen

die Durchführung der Busse unmöglich gemacht wird". Nur ein Existenzminimum müsse den Arbeitern noch gelassen werden und das "ist natürlich bedeutend weniger, als was dem Schuldner gemäss... der Lohnpfändungsverordnung pfandfrei verbleiben muss".

Der Kölner Treuhänder der Arbeit, Herr Börger, ist ein führender Nazi und seine Anordnungen gelten als Muster der nationalsozialistischen Arbeiterpolitik!

(Für die Red.: "Kölnische Zeitung", 2.IX.42.; Urteil des Reichsarbeitsgerichts N.167/41.)

Heimarbeiterelend in Deutschland

(ITF) Der Arbeitermangel hätte den miserabel entlohn-ten deutschen Heimarbeitern jetzt durch Uebergang zu besser entlohnter Arbeit eine Aufbesserung ihrer schlechten Verdienste ermöglicht. Hitlers "Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz", Nazi-Gauleiter Sauckel, verbietet den Heimarbeitern - heute grösstenteils Soldatenfrauen und Witwen - unter Androhung schwerster Strafen, von dieser Gelegenheit Gebrauch zu machen. Er verlangt sogar, dass sie noch schlechter als bisher entlohnte Arbeit annehmen und von seinen Beauftragten angeordnete Ueberstunden leisten. Widerspenstigen droht er mit Polizei. Durch seine (am 20.X.) in Kraft getretene Anordnung hat Sauckel den Heimarbeitern vorgeschrieben, "ihre Arbeitskraft da zur Verfügung zu stellen, wo sie des Krieges wegen dringend gebraucht wird". Es wird ihnen nicht mehr erlaubt, "auf besonders lohnende Aufträge zu warten und andere (schlecht entlohnte!) Arbeit abzulehnen. Es wird, wenn notwendig, angeordnet werden, dass zur Erledigung der festbezahlten kriegswichtigen Arbeit jede andere Arbeit zurückzustellen ist". Die Heimarbeiter dürfen keine Löhne fordern, die "die in dem betreffenden Heim-arbeitszweig übliche Sätze überschreiten". Auftraggeber, die höhere Löhne anbieten, werden bestraft. Die den Heimarbeitern zugewiesene Arbeit muss "fachlich einwandfrei und fristgemäss ausgeführt werden. Es wird nicht mehr geduldet werden, dass übernommene Arbeit unausgeführt zurückgegeben wird. Dies wäre eine Disziplinlosigkeit, die schwer bestraft werden würde".

Dänische Arbeiter unter Hitlers "Schutz"

(ITF) In der Versammlung der "Südjütischen Ver-einigung für Naestved" erklärte (am 26.IX.) E-rik Drayer, Mitglied des Arbeits- und Schlich-tungsamts: "Der Lebensstandard der Arbeiter ist so stark gesenkt worden, dass, wenn man weiter in dieser Weise vorgehen müsste, die Volksgesundheit ernstlich gefährdet würde. Vieles beweist das, so die Berichte über den Gewichtsverlust der Schulkinder, oder das Aufhören des Rückgangs der Tuberkulose. Es wurde festgestellt, dass ein Drittel der Kinder in Kopenhagener Kindergärten unter Normalgewicht sind..."

Ein Kopenhagener Arzt hat geschätzt, dass eine Arbeiterfamilie, die 1940 3277 Kalorien täglich erhielt, jetzt kaum 2400 erhält und daher täglich 400 Kalorien weniger hat als ein Arbeitsloser im Jahre 1940. Der normale kalo-rische Bedarf wird auf 3000 täglich geschätzt..."

Dänemark ist Hitlers Musterprotektorat!

(Für die Red.: "Boersen", Kopenhagen, 18.X.42.; das dänische "Arbeits- und Schlichtungsamt" besteht aus 9 Mitgliedern, von denen je 3 von den Gewerkschaften, dem Arbeitgeberverband und der Regierung ernannt werden. - Vgl. "Faschismus", 24.XI.42.)

Geh nicht zum Arzt

(ITF) In Baden dürfen kranke Arbeiter nur noch dann während der Arbeitszeit einen Arzt aufsuchen, wenn sie eine schriftliche Erlaubnis des Betriebes vorweisen können. Sie sollen, um Arbeitsversäumnis zu vermeiden, zum Betriebssanitäter gehen. - Diese An-ordnung gilt auch für das Elsass. - (Für die Red.: September 1942.)

Das tägliche Brot

Rübenmehl im belgischen Brot - Das Brotmehl in Belgien bestand bis Mitte September aus Erbsen, Rüben und Futterge-treide (Gerste). Die belgische Presse durfte die Zusammensetzung des Mehls erst im September melden, als sie berichten konnte, dass für einige Zeit für Brotmehl Roggen und Weizen zur Verfügung stehen würde.

Moosmehl im norwegischen Brot - In Norwegen wurden in letzter Zeit vom Staatlichen Getreidemonopol Versuche ü-ber die Verwendung von Moos für Brotmehl gemacht. Moosmehl wurde bisher nur gelegentlich als Viehfutter verwandt. Es wurde berechnet, dass 300 bis 400 kg Moos etwa 100 kg Moosmehl geben. Die Reinigung oder Auslaugung bedinge jedoch bei Verarbeitung grösserer Mengen besondere Anlagen, die verhältnis-mässig kostspielig seien. Der Nährwert des Moosmehls soll annähernd demje-

nigen von Roggenmehl entsprechen. Angeblich kann ohne Gefahr eine Beimischung von Moosmehl zum Brotmehl bis zu 10% und im Notfall auch bis zu 30% erfolgen. Viehfutter wagte man nie mehr als 10% beizumischen.

Kartoffelbrot in Rumänien - Das Bukarester Brot wird jetzt aus einem Mehl gebacken, das aus 40% Brotgetreide, 30% Gerste oder Hirse und 20% Kartoffeln besteht.

Deutsches Kriegsbrot - Schon bevor das Brotmehl in Deutschland durch Futtergetreide gestreckt wurde, "sagte die Hausfrau, das Brot klebt am Messer fest und Magen und Darm waren... nicht einverstanden" (berichtet der Berliner "Völkische Beobachter"). Jetzt wird das deutsche Brot aus 45 Teilen Roggenmehl, 32 Teilen Weizenmehl, 20 Teilen Gerstenmehl und 3% Kartoffelwalmehl gebacken, es ist so bitter und trocken, dass das Wochenblatt der Gestapo, "Das Schwarze Korps", Gerüchte, die behaupten, dass dem Brotmehl "Kastanien-, Sägemehl und Baumrinde" beigemischt wird, zurückweisen muss.

Der Obermeister der Hamburger Bäckerinnung erklärte (am 2.X.42): "Die Qualität des Brotes wird naturgemäss durch die Verarbeitung von sogenanntem (!) Brotmehl etwas beeinträchtigt". Aber er behauptet, dass die häufigen Klagen, dass dieses neue Brot Verdauungsstörungen verursache und leicht schimmle, unberechtigt seien.

(Für die Red.: "Völkischer Beobachter", 7.IX.; "Das Schwarze Korps", 24. IX.; "Hamburger Fremdenblatt", 3.X.42.)

Rom im dritten Kriegsjahr (ITF) Die Berliner Wochenschrift "Das Reich" veröffentlichte (am 25.X.) einen aufschlussreichen Bericht ihres Korrespondenten über "Rom im dritten Kriegsjahr":

Leere Taschen - "Die Schaufenster sind voll von schönen Waren... aber die Lager dahinter fehlen, die Geschäfte selbst sind leer. Die letzten Vorräte liegen vor den Augen des Publikums, dessen Kaufkraft zum Teil erschöpft ist, und das daher in viel geringerer Masse als etwa in Deutschland den Begriff des "Warenhungers kennt."

Leere Magen - In Deutschland ist die Brot-, die Fett- und die Fleischration doppelt so gross wie in Italien, die Zuckerration beinahe doppelt so gross. Aber das macht den Italienern anscheinend nichts aus. Der Nazi-Journalist schreibt: "Der Magen Italiens war elastisch und der Appetit richtete sich nach der Menge der vorhandenen Speise... Man isst eben weniger Brot Fleisch und Oel. Die Pasta Asciutta (Maccaroni etc.) wurde, da sie rationiert werden musste, durch Gemüsesuppen verdrängt. Frittura (Fettgebackenes) sind selten geworden, da das Oel fehlt und Fleisch gibt es überhaupt nur ein einziges Mal in der Woche, Samstag mittags. An Fischen hingegen herrscht nur selten Mangel". (Die römische Zeitung "Lavoro Fascista" hat gerade kürzlich über die hohen Fischpreise geklagt - Red.) In den Osterien "muss man schon oft den Gürtel engerschnallen, um satt zu werden". Kaffeesatz ist knapp, "man greift schon zum Ersatz des Ersatzes".

Kriegsgewinnler - Aber nicht allen Italienern geht es schlecht. In gewissen Kreisen, berichtet das Naziblatt, "geht man weiter seinen Geschäften nach, die ja ausgezeichnet florieren und bei denen man immer noch gut verdienen kann".

- ganz wie in Nazi-Deutschland.

Finnland vor dem Winter (ITF) Der finnische Staatspräsident Ryti erklärte (am 25.X.) im finnischen Rundfunk: "Die lange Dauer des Krieges, die Schwierigkeiten und Leiden, die er mit sich bringt und die Tatsache, dass die direkte Bedrohung und die Vernichtungsgefahr geringer erscheinen als im Winterkrieg (1939), haben eine Art geistige Müdigkeit in Teilen unseres Volkes hervorgerufen. Alkoholmissbrauch ist festzustellen, Zunahme der Verbrechen und Sinken der Moral. Selbstsucht macht sich breit, Pflichten werden vernachlässigt. Alter Zwist bringt die Gefahr der Zersplitterung".

Steckrübenwinter in Finnland (ITF) Der finnische Ernährungsminister hat angeordnet, dass Restaurants und Krankenhäuser bis auf weiteres statt Kartoffeln Rüben und Karotten servieren müssen.

Lohndruck in Finnland (ITF) Die Anordnung der finnischen Regierung, dass Arbeiter ihren Arbeitsplatz nur noch mit ausdrücklicher Genehmigung der Arbeitsämter wechseln dürfen, wird von finnischen Unternehmern zum Lohndruck benutzt. Die Bauarbeitergewerkschaft berichtet bereits über Kürzungen der durch die Teuerung schon so stark entwerteten Löhne (schreibt "Suomen Sosialidemokrati" am 14.IX.42.).

Die ungarischen Gewerkschaften

(ITF) Der Vertreter des nazistischen "Neuen Wiener Tagblatt" in Budapest berichtet erfreut, dass "die grosse Rolle der (ungarischen) Gewerkschaften bald ausgespielt sein dürfte... Dem Parlament wird ein Gesetzentwurf von ganz besonderer Tragweite vorgelegt werden. Dieser Entwurf... sieht die Verstaatlichung der Arbeitsvermittlung vor... Dieses Gesetz bedeutet nicht weniger als den letzten tödlichen Schlag gegen die marxistischen Gewerkschaften, die zur Zeit die Arbeitsvermittlung noch in der Hand haben".
(Für die Red.: "Neues Wiener Tagblatt", 7.X.42.)

Nazi-Arbeitsrecht in Holland

(ITF) Hitlers Reichskommissar hat das deutsche Nazi-Arbeitsrecht in Holland eingeführt. Er hat - unter Bruch der Haager Konvention über die Rechte einer Besatzungsmacht - eine "Verordnung zur Ordnung der Arbeit" erlassen, die den "Betriebsführer" zum Herrn über die "Gefolgschaft" macht.

Ein "Bevollmächtigter für die Arbeit" wurde als Diktator für die Löhne und Arbeitsbedingungen eingesetzt, die nicht vom Unternehmer diktiert werden. Sein Amt entspricht dem eines deutschen "Treuhanders der Arbeit"; die holländischen Schlichter wurden ihres Amtes enthoben.

Die Verordnung ist gleichzeitig deutsch und holländisch erschienen, aber "der deutsche Text ist bindend", erklärte Radio Hilversum (am 25.X.).

Der Streikerfolg in Griechenland

(ITF) Kurz nach der grossen Streikbewegung in Athen und Piräus hat die Athener Regierung dem Personal im öffentlichen Dienst neue Teuerungszulagen bewilligt. Da für Geld in Griechenland nicht immer etwas gekauft werden kann, wird diese Zulage zum Teil in Lebensmitteln ausbezahlt.

(Für die Red.: In dem Streikbericht der letzten Ausgabe ist ein Übermittlungsfehler zu korrigieren. Es muss heissen: 1100 Entlassungen...)

Die Sabotage in Belgien

(ITF) Der Polizeichef Verhaelst teilt in der belgischen Presse mit: "Trotzdem früher in den Bezirken St. Nicolas und Termonde Ruhe und Ordnung herrschte, kamen in den letzten Wochen in verschiedenen Dörfern Sabotageakte vor. Es wurde versucht, Züge zur Entgleisung zu bringen. Treibriemen sind in Betrieben zerschnitten worden und Telephondrähte wurden an verschiedenen Stellen durchgeschnitten. Es wurde versucht, Schloss Wietze in die Luft zu sprengen".

(Für die Red.: "Volk en Staat", Antwerpen, 13.X.42.)

Norwegische Strassenbahner

(ITF) Wenn deutsche Soldaten an der Haltestelle warteten, pflegten Strassenbahnführer in der norwegischen Hafenstadt Bergen so regelmässig an der Haltestelle vorbeizufahren, dass die deutschen Behörden jetzt anordneten: die Strassenbahnen müssen an jeder Haltestelle, an der deutsche Uniformierte warten, halten. - (Für die Red.: Anfang Oktober)

Quislings ermorden Geiseln

(ITF) Die Belgrader Quisling-Regierung ist jetzt so tief gesunken, dass sie nach deutschem Vorbild Geiseln ermordet. Der Leiter der serbischen Quisling-Polizei teilte mit: Weil die Personen, die am 10. Oktober im Dorf Donja Vrezina einen Quisling-Polizisten töteten, nicht entdeckt wurden, seien zur Vergeltung 10 Einwohner des Dorfes erschossen worden.

Konzentrationslager stellen auf der Zagreber Messe aus!

(ITF) Die kroatischen Faschisten, die Ustaschi, sind auf ihre Konzentrationslager so stolz, dass sie auf der Zagreber Messe (im Oktober 1942) eine besondere Ausstellung über diese Lager veranstalteten.

Arbeiterinnen teilen Rationen

(ITF) Süssigkeiten und Zigaretten sind in Deutschland sehr knapp rationiert, russische, polnische, jüdische Arbeiter und in manchen Bezirken anscheinend auch Arbeiter aus Westeuropa erhalten daher diese Kostbarkeiten nicht. Aber in Betrieben teilen deutsche Arbeiterinnen diese Rationen mit ausländischen Kolleginnen. Die Nazi-Instanzen sind darüber wütend. So schimpfte z.B. die "Gebietsmädelführerin" der Nazi-Mädchenorganisation, Carola Limbach (Ende September) in Ludwigshafen: "Deutsche Mädchen haben sich in einigen Betrieben mit dort beschäftigten ausländischen Frauen angefreundet und haben ihnen Zigaretten und Süssigkeiten gegeben. Das ist mit der nationalen Würde deutscher Frauen unvereinbar", erklärt die Nazi-Sekretärin.

Weshalb Deutsche keinen ausländischen Rundfunk hören dürfen

erklärt das Wochenblatt der Gestapo, "Das Schwarze Korps", erstaunlich offen: "Seine (des Nazismus) Arbeit konnte 80 Millionen Menschen unmöglich immun machen gegen die gleichzeitig plumpe und raffinierte feindliche Propaganda". - (ITF)

(Für die Red.: "Das Schwarze Korps", 15.X.42.)

Deutsche Eisenbahnwagen

(ITF) Die schwedische Eisenbahnverwaltung hat durch eine Kommission die Ursachen der Zunahme der Eisenbahnunfälle durch Achsenbrüche etc. und andere Schwierigkeiten beim rollenden Material untersuchen lassen. Die Kommission führt diese Unfälle auf die Ueberbeanspruchung des rollenden Materials, auf den Mangel an einwandfreiem Schmieröl und guten Lagermetallen zurück und auf den Umstand, dass "die ausländischen Wagen, die im grossen Ausmass ins Land kommen und in den Zügen der schwedischen Staatsbahn transportiert werden müssen, angesichts der Verhältnisse auf dem Kontinent jetzt oft nicht mehr in einwandfreier Beschaffenheit sind und Anlass zu mehr oder weniger schweren Verkehrsstörungen geben können". Die Kommission fordert eine schärfere Kontrolle des rollenden Materials.

(Für die Red.: Anfang September.)

Kampf um Kohle

(ITF) Kohle ist neben Erz die Grundlage der Kriegswirtschaft der Achse. Die Metallindustrie, die Buna-(Kunstgummi-)Werke, die Fabriken für synthetisches Benzin, die Elektrizitätsversorgung der Aluminiumindustrie - sie alle stehen und fallen in Deutschland, in Italien und in den besetzten Gebieten mit der Kohlenförderung in den Gruben in Deutschland und in den von Deutschland besetzten Gebieten. Kohle ist überdies das wichtigste Exportgut Deutschlands im Tarentausch mit den noch Neutralen. Die Kohlenproduktion des Nazi-beherrschten Europas muss daher gesteigert werden, wenn die deutsche Kriegswirtschaft sich im Wettlauf mit dem wachsenden Industriepotential seiner Gegner auch nur einigermaßen behaupten will.

Förderleistung sinkt - Aber zur Kohlenförderung ist man auf Menschen angewiesen und die Nazi-Diktatur stellt fest, dass die Leistung der Bergarbeiter zurückgeht. Der Terror versagt. Gerade unter Tage ist es unmöglich, festzustellen, ob Unterernährung, Ueberanstrengung oder politische Opposition Ursache des Leistungsrückgangs sind.

Arbeitszeitverlängerung - Durch Arbeitszeitverlängerung will die Nazi-Diktatur den Leistungsrückgang ausgleichen. In Belgien wird monatlich eine allgemeine Sonntagsschicht verlangt, in Holland müssen 2 allgemeine Sonntagsschichten vorgefahren werden - als Belohnung erhalten die holländischen Bergarbeiter u.a. das Recht, eine Extraration Schnaps zu kaufen. In Frankreich erhalten alle Bergarbeiter, die mehr als 50 Wochenstunden untertag arbeiten, ab 1. November Zusatzrationen; in einigen Revieren, wie St. Etienne, werden seit langem Woche für Woche 54 Stunden vorgefahren. Auch in Deutschland ist man jetzt zur weiteren Arbeitszeitverlängerung übergegangen.

Diese Arbeitszeitverlängerungen werden der deutschen Kriegsmaschine nicht die erwünschte Fördersteigerung bringen. Die uns vorliegenden Berichte über die Misserfolge derartiger Massnahmen im deutschen Bergbau, mit seiner international gemischten Belegschaft, zeigen das besonders deutlich.

Antreiber im deutschen Bergbau - In Deutschland begann die Nazi-Diktatur mit der offenen wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung 1936, wenige Monate nachdem die Militarisierung der Rheinlande ohne Widerstand der Westmächte erfolgt war. Der Vierjahresplan zur wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung war vornehmlich auf Kohle aufgebaut. Doch zur notwendigen ausserordentlichen Steigerung der Förderung fehlten Bergarbeiter. Es wurde deshalb in den Gruben schärfer angetrieben. Doch die Folge war Leistungsrückgang. Von 1936 bis 1939 ging, nach amtlichen deutschen Angaben, die durchschnittliche Arbeitsleistung der deutschen Grubenbelegschaften um 11 1/2% zurück. In den ersten 5 Jahren der Nazi-Herrschaft stieg die Zahl der im Bergbau durch Krankheit ausgefallenen Schichten um 62%. Leiter der Krankenhäuser der Bergarbeiterversicherung stellten 1939, vor Beginn des Hitlerkrieges, starke Gewichtsverluste unter den Bergarbeitern fest. Mit Besorgnis sahen die Behörden, dass seit 1937 z.B. an der Ruhr mehr Arbeitsschichten durch Bummeln verloren gingen als durch Unfälle. Den Leistungsrückgang sollten Ueberschichten wettmachen. Doch ein erheblicher Teil der Bergarbeiter fuhr zu Sonntags- und Ueberschichten nicht ein. Die Diktatur verordnete deshalb 5 Monate vor Beginn ihres Krieges eine Verlängerung der Schichtzeit untertag von 8 auf 8 3/4 Stunden, was ^{ebenfalls} Verlängerung der produktiven Arbeitszeit um etwa 11% gleichkam. Um einen Anreiz zur vollsten Anspannung bis zur letzten Minute zu geben, wurde angeordnet, dass die über 11% hinausgehende Lei-

stungssteigerung pro Schicht mit dem 3fachen Lohnsatz bezahlt würde und dass in der Regel keine produktiven Ueberschichten mehr verlangt werden sollten.

Lohnkampf unter Tage - Diese Regelung wurde Anlass ständigen Streits. Die eine Grubenverwaltung nahm als Berechnungsgrundlage für die dreifach zu bezahlende Leistungssteigerung die bisherige Ist-Leistung, die andere die vorgeschriebene, meist nicht erreichbare Soll-Leistung, wieder eine dritte die Regel-Leistung. Das Ergebnis war, dass in manchen Gruben sogar wie kein Hauer Ueberleistungszuschläge erhielt, in anderen dagegen 30%. In manchen Gruben setzten Hauer, die vorher zielbewusst langsam gearbeitet hatte, durch, dass ihre bisherige niedrige Leistung als Berechnungsgrundlage anerkannt wurde, sie verdienten zunächst recht gut. Aber dann trat die berüchtigte Gedingeschere (Gedinge = Bergarbeiterakkord) in Aktion, das Leistungssoll wurde so erhöht, dass eine darüber hinaus gehende Mehrleistung unmöglich wurde; die Gedingegrundlage wurde neu festgesetzt und die Hauer kamen auf keinen anständigen Lohn. Die Folge war systematisches Langsamarbeiten und damit "ein relativer Rückgang der Schichtleistung" ("Frankfurter Zeitung", 15.VII.39.). Das veranlasste die Nazi-Diktatur dazu, "Gedingeprüfer" als Schlichter einzusetzen. Deren Einsetzung war von grundsätzlicher Bedeutung, denn sie war für viele Bergarbeiter eine behördliche Bestätigung dafür, dass die vielgerühmte Nazi-"Volksgemeinschaft" nur Propagandageschwätz ist, dass die Zeche ihnen den Lohn zu drücken suchte, wo es nur möglich war. "Schon bald nach der Aufnahme der Tätigkeit (der Gedingeprüfer) musste die Feststellung gemacht werden, dass auf einigen Schachtanlagen Gedinge abgeschlossen wurden, die derartig unübersichtlich und unverständlich waren, dass kaum ein Bergmann in der Lage war, seinen Lohn selbst auszurechnen", erklärte der Sondertreuhänder für den Bergbau (im "Reichsarbeitsblatt") am 25.III.41. "Dies schuf ein Gefühl des Ausgeliefertseins an die Rechenkunst des Grubenbeamten". Und er fuhr fort: die Aufgaben, die der Krieg dem einzelnen Bergmann stellt, könnten auf die Dauer nur gelöst werden, "wenn der ewige Streit um das Gedinge zum Schweigen gebracht, Vertrauen zur Betriebsführung wieder hergestellt und die Leistung gerecht bewertet wurde".

Seitdem hat die Spannung im deutschen Bergbau nicht nachgelassen. Im Gegenteil, mit dem Einströmen bergfremder Deutscher und Zehntausender ausländischer Arbeiter nahm sie zu. Gerade jetzt beschwert sich der "Deutsche Volkswirt", das führende deutsche "irtschaftsblatt, dass die Gedingeregelung im Bergbau in der "Atmosphäre persönlicher Willkür und des daraus entspringenden Misstrauens" erfolge. Aber bei der heutigen Kriegslage muss Berlin alles daran setzen, die Kohlenförderung zu steigern. "Die psychologisch-politische Seite der Arbeitsbedingungen des Bergmanns ist gerade jetzt von grossem Gewicht", schreibt die schwerindustrielle "Deutsche Allgemeine Zeitung".

Die Nazi-Diktatur weiss, dass sie die arbeitsunwilligen Zehntausende ausländischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener, die heute in deutschen Gruben arbeiten, - es sind vor allem Russen, Italiener, Polen und Kroaten - nicht für eine ausserordentliche Kraftanstrengung für Hitlers Krieg gewinnen kann. Die letzten Jahre haben ihr gezeigt, dass ein derartiger Appell auch bei der Mehrheit der deutschen Bergarbeiter keinen Erfolg haben wird. Sie bietet daher der Schlüsselgruppe im Bergbau, den Kohlenhauern, finanzielle Vorteile, aber zugleich verlängert sie offiziell die Arbeitszeit.

Die 1939 gegebene Anweisung, produktive Ueberschichten zu vermeiden, war nur kurze Zeit eingehalten worden. In den ersten Kriegsmonaten wurden auf vielen Zechen 10-Stundenschichten eingeführt. Aber das führte zu einem so starken relativen Leistungsrückgang, dass das Arbeitsministerium eingriff. Neben- und Ueberschichten blieben. Doch wenn Mitglieder der Nazi-Partei, "verbündete" Italiener oder "freie" Franzosen oder Belgier mit Berufung auf diese Bestimmung Ueberschichten ablohten, kam manche Zechenverwaltung in eine unangenehme Lage. Deshalb wurde diese Bestimmung gestrichen, Ueberschichten können jetzt offiziell beliebig angeordnet werden. Natürlich werden die Zimmerschichten entsprechend zurückgehen und damit wird die Unfallgefahr steigen. Aber zum Ausgleich hat die Diktatur die Witwen- und Invalidenrenten erhöht...

Lohnmanöver - Spitzenleistungen sind bei der Unterernährung und der grossen Zahl unwilliger Arbeiter in den Gedingekameradschaften kaum mehr möglich. Der Sondertreuhänder für den Bergbau wurde deshalb ermächtigt, die Bestimmung über die Ueberbezahlung von Sonderleistungen zu streichen. Im Ruhrgebiet ist das bereits geschehen, eine neue Tarifordnung wurde diktiert, die spätestens am 1. Dezember in Kraft tritt. Der Durchschnitts-Schichtlohn der Kohlenhauer wird von RM 8,64 auf RM 9,42 erhöht, aber der Hauer muss damit zufrieden sein, wenn er auf den Mindestlohn von 7,52 pro Schicht kommen kann.

Das Gedinge gilt als korrekt, wenn im Vierteljahrsdurchschnitt mindestens bei 70% der auf der Schachtanlage verfahrenen Hauerschichten der Leistungslohn erreicht wird. Im Gesamtdurchschnitt aller Ruhrzechen darf der in den letzten 12 Monaten erreichte Verdienst bei den Gedingearbeitern nicht unterschritten werden.

Die Nazi-Presse sagt den Arbeitern, es handle sich um eine erhebliche Lohnerhoehung. Sie verschweigt, dass fuer Schichtloehner untertage und fuer die ueber Tage Beschaeftigten keine Zulagen bewilligt wurden, dass die neu eingefuehrte Gruppe der "angelernten Gedingearbeiter" 9% unter Tarif bezahlt wird und dass der Sondertreuhaender die Unternehmer angewiesen hat, "die mit anderen Arbeiten als vor der Kohle beschaeftigten Hauer 10% niedriger zu entlohnen", sodass sie nur auf 8,47 RM pro Schicht kommen. Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" rechnet damit, dass die Hauer "im Endeffekt (!) ein Mehreinkommen aus der Neuregelung" erhalten. Sicher erscheint es ihr nicht. Sicher ist nur, dass nach vorliegenden Berichten im Verlauf des Krieges in den westdeutschen Bergrevieren die Kohlenfoerderung um 15 - 20% gesunken ist und dass in der Atmosphaere des "Misstrauens und persoenerlicher Willkuer" die Arbeitswilligkeit fuer Hitlers Krieg nicht gesteigert werden kann.

(Fuer die Red.: Verordnung 19.IX.; Ruhr: 25.IX.; "Deutscher Volkswirt", 2.X.; "Deutsche Allgemeine Zeitung", 1.X.42.)

Der grosse Kampf der franzoesischen Arbeiter

(ITF) In diesem Winter koennen die motorisierten Abteilungen der deutschen Armeen in Russland und Nordafrika und die Luftwaffe nicht so viel Spezialarbeiter fuer die Kriegsindustrie beurlauben, dass die Hunderttausende auslaendischer Hilfsarbeiter voll im Ruestungswettlauf mit den USA eingesetzt werden koennen. Ausreichender Ersatz fuer diese Facharbeiter ist nur in Frankreich, Belgien, Luxemburg und Holland zu beschaffen; die tschechischen Spezialarbeiter muessen im "Protektorat" fuer Deutschland arbeiten. Aus Luxemburg, Belgien und Lothringen transportieren die deutschen Behoerden die von ihnen gewuenschte Zahl Arbeiter mit den ueblichen polizeilichen Mitteln ab. In Frankreich hat sich Vichy bereit gefunden, als Sklaventreiber Hitlers zu fungieren. Pétains Regierung gab jetzt offen zu, dass Laval im Sommer in einem Geheimvertrag den deutschen Behoerden die Lieferung von 150.000 Spezialarbeitern versprochen hat. (Radio Vichy, 18.X.). Als Gegenleistung war ihm die Freilassung von 50.000 der in Deutschland festgehaltenen 1,2 Millionen Kriegsgefangenen und bessere Friedensbedingungen im Falle eines deutschen Sieges in Aussicht gestellt worden. Laval hatte den Menschenhandel abgeschlossen, weil er tatsaechlich glaubte, mit der Handvoll Gewerkschaftsquislings die Arbeiter in der Hand zu haben.

Bis zum 15.X. sollte die versprochene Zahl Arbeitssklaven geliefert sein. Als Ende August deutlich wurde, dass die Arbeiter sich nicht freiwillig abtransportieren lassen wollten, wurde ein Zwangsarbeitsgesetz eingefuehrt und die Registrierung aller verfuegbaren Arbeitskraefte angeordnet; franzoesischen Verwaltungsbeamten gelang es, die Registrierung um volle 4 Wochen zu verschleppen. Um Arbeiter frei zu machen, wurde die Arbeitszeit auf 48 Stunden verlaengert und angeordnet, dass alle tariflichen Bestimmungen, die Arbeitspausen in die Arbeitszeit einrechneten, ausser Kraft treten. "Fuer die Berechnung der Arbeitsstunden soll kuenftig lediglich die fuer die eigentliche Arbeitsleistung erforderliche Zeitdauer die Grundlage abgeben. Die Hervorhebung... ist notwendig, weil die... Tarifvertraege bisher Dutzende von Sonderklauseln kannten.., in denen die Zeiten fuer das Umkleiden oder sogar betriebliche Arbeitspausen in die Arbeitszeit mithineingezogen worden waren" ("Essener Nationalzeitung", 24.IX.). Gleichzeitig wurden den Arbeitern erhebliche finanzielle Zugestaendnisse gemacht. Dem nach dem 1.VI. nach Deutschland gehenden Arbeiter wurde versprochen, dass seiner Familie waehrend seiner Arbeit in Deutschland die Haelfte des von ihm bisher in Frankreich Verdienten von seinem Betrieb ausbezahlt wird und ueberdies noch Familienzulagen. Unverheiratete erhalten den Betrag auf ein Sparkassenkonto. (Dem Unternehmer wird diese Summe aus dem Aufkommen einer allgemeinen Industrieumlage zurueckgezahlt.) Arbeiter, die aus dem besetzten Gebiet nach Deutschland gehen, wurden darauf aufmerksam gemacht, dass (auf Grund einer deutschen Verordnung vom 8.VI.41.) alle Strafverfahren gegen sie ruhen. Bei der Entschlossenheit der franzoesischen Arbeiter erwiesen sich auch diese Zugestaendnisse als wirkungslos. Laval sah sich gezwungen, um Verlaengerung des Liefertermins zu bitten. Da die deutschen Behoerden zunaechst Vichy die Schande der Sklaventreiberei nicht abnehmen wollen, verlaengerten sie die Frist.

Bis zum 26.X. hatten statt 150.000 nur 17.000 Spezialarbeiter Kontrakte fuer Deutschland unterzeichnet (Radio Paris, 26.X.), trotzdem der gleiche Sender 10 Tage vorher drohend erkluert hatte, dass der franzoesische Arbeiter nur vor der Wahl stehe, als freiwillig oder als Zwangsarbeiter nach Deutschland zu gehen. Radio Vichy erkluerte (am 24.X.): "Taeglich gehen Arbeiter nach Deutschland, aber es geht zu langsam und es wuerde Monate dauern, bis die von Deutschland geforderte Zahl erreicht wird. Und Deutschland wird nicht Monate warten, weil ihm Mittel zur Verfuegung stehen, alles in wenigen Tagen zu bekommen".

Diese Mittel wurden versucht. Die Betriebe erhielten Listen mit namentlich genannten Arbeitern, die nach Deutschland gehen sollten. Aber die Arbeiter gaben nicht nach. Spontane Streiks brachen in Industriezentren aus, in Lyons, St. Etienne, auch in Savoyen, der Hochburg der Vichy-treuen Gewerkschaftssekretaere. Es wird berichtet, dass Vichy sich unter dem Eindruck dieses Widerstandes mit moralischem Druck begnuegen will, mit Entlassung, Entzug der Erwerbslosenunterstuetzung und der Lebensmittelkarten. Aber fast taeglich werden in Frankreich bei den Ernaehrungsaeamtern Tausende Lebensmittelkarten gestohlen und sie finden oft ihren Weg in die richtigen Haende. Und als jetzt noch offiziell mitgeteilt wurde, dass jeder

Arbeiter, der nach Deutschland geht, dort auf unbegrenzte Zeit zurueckgehalten werden kann, weil "wenn irgendeine Reichsverordnung das jetzt geltende System der Arbeitskontrakte veraendert, davon die franzoesischen Arbeiter genau so wie die deutschen Arbeiter betroffen und damit die Bestimmungen ihres Kontrakts hinfaelig wuerden" ("Atelier", Paris), hat sich der Widerstand nur noch verschaeerft. Die franzoesischen Arbeiter haben geschloech, dass die grossartige Zusage gleicher Rechte mit den deutschen Arbeitern nur gleiche Rechtlosigkeit bedeutet.

Es ist durchaus moeglich, dass noch Zehntausende Arbeiter gewaltsam nach Deutschland gejagt werden. Aber schon jetzt haben die franzoesischen Arbeiter mit ihrem Kampf gegen die Deportation erreicht, dass erhebliche Produktionsmoeglichkeiten deutscher Betriebe nicht ausgenutzt werden koennten.

(Fuer die Red.: Vgl. "Faschismus", 27.VI., 23.IX., 7.X.42., "Atelier", 17.X.42.)

Goebbels laesst die Maske fallen

(ITF) In einer Versammlung in Muenchen hat der deutsche Propagandaminister Goebbels (am 18.X.) ueber die Kriegsziele der Nazi-Diktatur gesprochen. Kein Wort fand er zum Lob der sogenannten "Neuen Ordnung". Umso eindeutiger bekannte er sich zum deutschen Imperialismus: "Dieses Mal geht es um wichtigere Dinge: um Kohle, Eisen, Oel und vor allem um Weizen".

(Fuer die Red.: Sender Frankfurt, 18.X.)

Eisenbahner und Baeckereiarbeiter in Salzburg verhaftet

(ITF) Aus Oestereich wird berichtet: Vor einiger Zeit hat die Gestapo in der stillen oesterreichischen Provinzstadt Salzburg eine Reihe Arbeiter der ehemals genossenschaftlichen Baeckerei verhaftet und gleichzeitig im benachbarten Bischofshofen eine Reihe Eisenbahner festgenommen. Alle Verhafteten wurden nach Deutschland in ein Konzentrationslager gesandt. In Oesterreich haelt man diese Verhaftungen fuer Vorbeugungsmassnahmen der Gestapo. Die Berichterstatter nehmen an, dass aehnliche vorbeugende Verhaftungen folgen werden, unter Umstaenden auch vorbeugende Hinrichtungen. - (Fuer die Red.: "London Information" der oesterreichischen Sozialisten.)

Lohnbewegung oesterreichischer Landarbeiter

(ITF) In Oesterreich haben Landarbeiter sich haeufig geweigert, Ueberstunden zu machen. Denn sie erhielten fuer diese nur den Barlohn und Mehrarbeitszuschlag, sodass, wenn man die Sachleistungen einberechnet, Ueberstunden oft niedriger bezahlt wurden als normale Arbeitsstunden. Die Nazi-Behoerden sahen sich veranlasst, anzuordnen, dass fuer Ueberstunden auch die Sachleistungen gezahlt werden muessen.

(Fuer die Red.: "Kameradschaft der Arbeit", Wien, 1942, No. 18.)

Die braune Korruption

(ITF) Der deutsche Nazi Dr. G. Lufft war zum Buergermeister der tschechischen Stadt Pilsen, der Stadt der Skodawerke, ernannt worden. Er sollte der tschechischen Stadt ein deutsches Gepraege geben. Die tschechische Industriestadt ist unter seiner Leitung nicht deutsch geworden, aber gab ein so eindrucksvolles Beispiel der Naziverwaltung, dass die Nazipresse sich Ende August genoetigt sah, mitzuteilen, dass Dr. Lufft wegen Unterschlagung von 50.000 Kronen vor dem Richter erscheinen werde.

Hitler - Treue uebers Grab hinaus

(ITF) Zum neuen Generaldirektor des Rheinisch-westfaelischen Kohlsyndikats wurde (am 1.X.) Herbert Kauert ernannt, ein Vorstandsmitglied der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. "Frueher wuerde man vielleicht die Frage aufgeworfen haben, ob durch die Wahl eines Vorstandsmitglieds des Gelsenkirchener Bergwerkvereins, des Mitglieds mit der groessten Quote im Syndikat, nicht das Gleichgewicht in der Fuehrung der gesamten Zechen gestoert werden koennte", bemerkt die "Koelnische Zeitung". Heute stellt man diese Frage nicht, denn der neue Generaldirektor ist ein Neffe des verstorbenen Grossindustriellen Kirdorf, eines der Maenner, die Hitlers Aufstieg finanzierten. Und seinen Geldgebern bewahrt Hitler Treue uebers Grab hinaus.

(Fuer die Red.: "Koelnische Zeitung", 1.X.42.)

Deportation aus Holland

(ITF) Ein soeben aus seiner Heimat in England angekommener Hollaender berichtet: In Amsterdam wurden kuerzlich eine Reihe kleinerer Maschinenfabriken geschlossen. Der Maschinenpark wurde von den deutschen Behoerden uebernommen, die Belegschaft wurde auf Eignung zur Deportation nach Deutschland gemustert.

(Fuer die Red.: "Vrij Nederland", London, 31.X.42.)

Zwangsarbeit in der Ukraine

(ITF) Die deutschen Behoerden in der Ukraine haben Zwangsarbeit fuer alle Maenner und Frauen eingefuehrt. Art und Dauer der Zwangsarbeit bestimmen die zustaendigen deutschen Arbeitsaemter. Wer sich ihren Anordnungen nicht fuegt, wandert auf 6 Wochen ins Konzentrationslager.

(Fuer die Red.: Ukrainische Presse, 22.IX.42.)

Versammlungszwang

(ITF) Als der Leiter der Deutschen Arbeitsfront (am 16.IX.) in Bismarckhuetten (Oberschlesien) vor Arbeitern sprechen wollte, wurde in den Betrieben bekanntgegeben, dass Arbeiter, die nicht zur Versammlung kaemen, dem Nazi-Betriebsobmann nachweisen muessten, dass sie aus dienstlichen Gruenden nicht kommen koennten.

(Fuer die Red.: Oberschlesische Presse vom 5.IX.42.)